

4/BI XXV. GP

Neuverteilung gem. § 21 Abs. 1a GOG-NR am 29.10.2013

Eingebracht am 30.11.2009 als 16/BI XXIV. GP

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative



Bürgerinitiative

**Demokratie macht Schule.
MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!**

Eingebracht am
30. November 2009

Die Bürgerinitiative betreffend

"Demokratie macht Schule - Meine Meinung ist nicht wuascht!" ist eine Bürgerinitiative für den Ausbau der Mitbestimmung der Schüler/innen und der Schulpartner sowie der Stärkung der Schulautonomie.

Seitens der Einbringer wird das Vorliegen einer

Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen

Nachstehende Forderungen betreffen das Schulwesen in Österreich. Die Gesetzgebung und die Vollziehung auf dem Gebiet des Schulwesens ist Bundessache [Art 14 B-VG]. Bei sämtlichen, nachstehend erwähnten gesetzlichen Bestimmungen (zB SchVG) handelt es sich um Bundesgesetze.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at (Neuverteilung gem. § 21 Abs. 1a GOG-NR)

Anliegen

Der Nationalrat wird ersucht, die Forderungen der größten Schülerorganisation Österreichs, der Schülerunion, umzusetzen und die Demokratie in der Schulpolitik auf Schul-, Landes- und Bundesebene zu stärken.



1. Schulpartnerschaft und Mitbestimmung

Wir fordern gesetzlich verankerte Schülerparlamente auf Landesebene und ein Österreichisches Schülerparlament. Die Beschlüsse dieser Gremien sind die Grundlage der Arbeit der Bundes- bzw. Landesschülervertretungen. So können Entscheidungen der gesetzlichen Vertretung sinnvoll basisdemokratischer gemacht werden.

Wir fordern einen Landesschulgemeinschaftsausschuss statt dem parteipolitisch besetzten Kollegium im Landesschulrat und einen Bundes schulpartnerrat. Diese beiden landes- bzw. bundesweiten Schulpartnerschaftsgremien sollen, angelehnt an den SGA an der Schule, die Beteiligten (Eltern, Lehrer/innen, Schüler/innen) in wichtige Entscheidungen einbinden. Alle drei Interessensgruppen sollen über gleiche Rechte verfügen.

Wir fordern, dass Bundes- bzw. Landesschülervertretungen mindestens mit einem Vertreter in allen für Schüler/innen relevanten Arbeitsgruppen vertreten sind.

Die Direktorenbestellung muss objektiver werden. Der/Die Direktorkandidat/in soll vor dem SGA ein Hearing abhalten und dieser soll daraufhin bestimmen, ob der/die Di- rektor/in zur Schule passt und genommen wird, oder nicht. Der von uns geforderte LSGA hätte bei diesen Entscheidungen ein Vetorecht.



Bürgerinitiative **Demokratie macht Schule.** **MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!**

2. Aufbau und Wahl der Schülervertretung

Wir fordern die Berechtigung der Schülervertretung einer Schule, bei einstimmigem Beschluss der in den Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) gewählten Mitglieder der Schülervertretung, bis zu zwei Mal im Semester, eine Schülervollversammlung einzuberufen. Dies gilt nur für die Schüler/innen der Oberstufe. Die Entscheidungen dieses Schülerparlaments sollen der Schülervertretung zur Grundlage ihrer weiteren Vertretung dienen.

Die österreichischen Schüler/innen sollen wissen, wie Schülervertretung funktioniert und welche Möglichkeiten sie haben, sich zu engagieren. Da die Möglichkeiten der Bundes- bzw. Landesschülervertretungen nicht ausreichen um alle Schüler/innen flächendeckend darüber zu informieren, fordern wir, dass der Aufbau der gesetzlichen Schülervertretung im Unterricht behandelt wird. Konkret soll dies ein Bestandteil des Lehrplans werden.

Für das Schuljahr 2009/2010 soll das Budget der Landesschülervertretungen in einigen Bundesländern radikal gekürzt werden (z.B. im Burgenland um knapp 70%). Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreter/innen (im SchVG als Aufgabe der Landesschülervertretungen festgelegt) können so nicht mehr veranstaltet werden. Wir fordern daher eine Rücknahme der Budgetkürzungen der betroffenen Landesschülervertretungen, um ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.



Wir fordern die Möglichkeit einer Briefwahl, für alle aktiv wahlberechtigten Schülervereiner/innen, wenn sie aus Gründen wie Praktika oder Auslandsreisen bei der Wahl zur Landesschülervereinerung nicht anwesend sein können. Die Briefwahl könnten sie dann beim Landesschulrat bzw. Stadtschulrat beantragen.

Die Wahl der/des Unterstufensprecher/in und deren/dessen Stellvertreter/in durch alle Schüler/innen der Sekundarstufe 1. Die Entsendung der/des Unterstufensprecher/in und deren/dessen Stellvertreter/in in das Schulforum und ein damit verbundenes Stimm- und Rederecht im Schulforum. Die Wahl von Hauptschulsprecher/innen und Stellvertreter/innen durch alle Schüler/innen der Hauptschule und deren Entsendung in das Schulforum als stimm- und redeberechtigte Mitglieder (dies ist sinngemäß auch für Kooperative Mittelschulen oder sonstige Formen der Sekundarstufe 1 anzuwenden).

3. Schulautonomie

Die Bezirksschulräte sollen ersatzlos abgeschafft werden. Landesschulräte sollen durch Bildungsdirektionen ersetzt werden. Wir wollen Doppelgleisigkeiten beseitigen und dass Bildungsdirektionen ihren Schwerpunkt auf die pädagogische Aufgaben legen. Gleichzeitig soll die Schulautonomie gestärkt werden. Der Schulstandort soll mehr Verantwortung und Kompetenzen sowohl in Verwaltungsangelegenheiten, sofern die Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden, als auch in pädagogischer Hinsicht. Auch Direktoren sollen die Kompetenz erhalten mit Rücksprache mit dem SGA, Konsequenzen bei Fehlverhalten von Lehrern autonom zu setzen.



Bürgerinitiative **Demokratie macht Schule.** **MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!**

Diese sinnvollen Maßnahmen bezüglich der Vertretungsstrukturen in der Schule, sorgen dafür, dass Reformen gemeinsam und im Sinne der Betroffenen passieren. Außerdem sind wir der festen Überzeugung, dass man durch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten auch mehr Jugendliche für Demokratie begeistern kann.

Die Österreichische Schülerunion und Unterstützer/innen

BÜRGERINITIATIVE betreffend: „Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht wasacht“

Wir fordern:

- Mitbestimmung bei der Direktorenbestellung
- Einführung von Landesschulgemeinschaftsausschüssen, Bundesschulpartnerrat und Österreichischem Schülerparlament
- Einsparung in der Schulverwaltung - mehr Geld für uns Schülerinnen und Schüler

Erstunterzeichner/in				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
OLIVER MÖLLNER			28.10.2009	
Unterschrift .				

Unterstützungserklärungen:				
Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift
PIA BAUER			28.10.2009	

Ausgefüllte Unterstützerlisten bitte an *Österreichische Schülerunion Postfach 21 1082 Wien* rücksenden. Vielen Dank!